

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit ill. u. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einzeln, Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.90 Mt. — Durch die Post bezogen 2.- Mt., ohne Bestellgeld, Telefon Sammelnummer 72206, **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 Gev. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10 Gev. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10 Gev. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 Mt. Inserate v. ausw.: die 10 Gev. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorschrift 50 Pfg., Reklamezettel 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Anstreuer, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Reichsregierung gegen Schacht

Regierungserklärung in der kommenden Woche

Das Kabinett stellt die Vertrauensfrage

Ausschlag wird mitgeteilt: Der Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat der Reichsregierung ein Memorandum zu den im Gang befindlichen Verhandlungen über den Youngplan und zu den Fragen der Finanzpolitik zugeworfen. Die Veröffentlichung fällt mitten in Besprechungen, die über diese Fragen mit ihm gepflogen worden sind.

Die Reichsregierung muß ihr Bekremden über die Veröffentlichung aussprechen. Die Bereitwilligkeit, mit der die Stellungnahme des Herrn Reichsbankpräsidenten erfolgt ist, gefährdet die einheitliche Staatsführung. Der Herr Reichsbankpräsident hatte zwar im Laufe der Besprechungen angekündigt, daß er sich vorbehalten müsse, seine Auffassungen über die Beurteilung der schwebenden Fragen darzulegen, er hat dabei aber ausdrücklich betont, daß dies in einer Form geschehen würde, die keinen Schaden anrichten könne. Art und Inhalt des Memorandums sowie der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung stehen hierzu in schroffem Widerspruch.

Die Reichsregierung lehnt es ab, sich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Auseinandersetzung mit den Darlegungen des Memorandums einzulassen.

Die Reichsregierung hat sich bereits in den letzten Tagen dahin schlüssig gemacht, dem Reichstage im Laufe der kommenden Woche die Grundzüge ihres finanziellen Gesamtprogramms zu unterbreiten. Das Programm wird Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen, eine umfassende Steuerreform und die Entlastung der Arbeitslosigkeit, insbesondere auch von den Zuschüssen für die Arbeitslosenversicherung durch Verstärkung der Einnahmen der Unfallversicherung, den Fraktionsführern der an der Regierung beteiligten Parteien ist schon vor Tagen eine Einladung zur Erörterung dieses Programms für den Anfang der kommenden Woche zugegangen. Der Reichstag wird am nächsten Mittwoch dem Reichstage, dem die Regierung allein verantwortlich ist, dieses Programm der Reichsregierung in einer Regierungserklärung vorlegen und hierfür sowie für die Gesamtpolitik der Reichsregierung die Vertrauensfrage stellen.

Der B3 zufolge, erklärt der Reichsfinanzminister Dr. Silzerling, daß er gerade in letzter Zeit mit Dr. Schacht über die Auslegung des Youngplanes und die anderen damit zusammenhängenden Probleme verhandelt habe. Mitten in diesen Verhandlungen komme das Memorandum Schachts, von dessen bevorstehender Veröffentlichung die Regierung keine Ahnung gehabt habe. Erst in der Donnerstagnacht hätten die in Frage kommenden Minister durch den Anruf von Zeitungsredaktionen davon erfahren, daß Dr. Schacht sein Memorandum der Öffentlichkeit übergeben habe. Man habe Dr. Schacht zwar zugestanden, daß er später Gelegenheit haben werde, vor aller Öffentlichkeit seinen Standpunkt zu äußern, niemals aber sei davon die Rede gewesen, daß er vor der Haager Schlusskonferenz einen solchen Schritt machen würde. Auch über die Frage der Finanzreform sei mit Dr. Schacht gesprochen worden. Durch die unerwartete Veröffentlichung Schachts sei eine völlig neue Situation entstanden.

Die deutsche Volkspartei und Dr. Schacht

M Berlin, 6. Dezember.

Die Nationalliberale Korrespondenz, das amtliche Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt zu der Schachtschen Denkschrift u. a. folgendes:

Die Welt ist damit erneut über den Ernst der Lage in Deutschland aus dem Munde eines Mannes unterrichtet, der nicht nur als Reichsbankpräsident einer der ersten finanziellen Sachverständigen Deutschlands ist, sondern sich gleichzeitig auch wiederum als Anhänger des Youngplanes und Gegner des Hugenbergischen Volksbegehrens bezeichnet hat. Man kann darum nur wünschen und hoffen, daß sein Ruf in letzter Stunde nicht ungehört verhallt, sondern offene Ohren findet. Andernfalls kann Deutschland, wie Dr. Schacht mit Recht bemerkt, keine Verantwortung dafür übernehmen, daß die an sich schon zweifelhafteste Möglichkeit, die Lasten des Youngplanes aufzubringen, noch ungewisser wird. Die Verantwortung hierfür würde ganz allein die Gegenseite treffen!

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich nicht mit einem anerkennenswerten Appell an das Ausland begnügt, sondern auch Worte erster Mäßigkeit an Reichsregierung und Reichstag gerichtet. Was er hier über die Notwendigkeit einer schnellen und durchgreifenden Finanz-, Steuer-, Wirtschafts- und Verwaltungsreform sagt, ist geradezu Gemeingut des deutschen Volkes und entspricht Forderungen, die schon seit Langem von Dr. Stresemann und der Deutschen Volkspartei mit Nachdruck vertreten und gerade in letzter Zeit erneut mit stärkster Betonung erhoben worden sind. Hierüber an dieser Stelle noch weitere Worte zu verlieren, erübrigt sich.

Trotzdem macht die Art und Weise, wie die Rundgebung Schachts überraschend in die Welt kam, noch ein kleines Nachwort nötig. Diese Rundgebung dürfte keine Ueberraschung sein. Denn wie nie die Regie der großen politischen Propaganda? Durch eine engere Fühlungnahme und Verständigung mit der Reichsregierung mußte Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf jeden Fall das Moment der innerpolitischen Ueberraschung ausschalten, um eine Atmosphäre zu schaffen, die von vornherein alle innerpolitischen Mißverständnisse und Mißdeutungen unmöglich machte, dafür aber die außenpolitische Wirkung seines Appells verstärkte.

Schachts Vorstoß und seine Wirkung

SPD Paris, 6. Dezember.

Der Vorstoß des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht beginnt, nachdem man sich von der ersten Verblüffung und Befremdung erholt hat, seine leider nur allzu greifbaren Wirkungen zu zeigen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß seine Rückwirkungen für Deutschland mehr negativer Art sind. In der außenpolitischen Kommission der Kammer hat die um die Abgeordneten Marin und Franklin-Bouillon gebildete nationalpolitische Clique den Vorstoß des Reichsbankpräsidenten bereits zu neuen scharfen Vorstößen gegen die Rheinländer und die Saarverhandlungen benutzt. Die schwere Last der inneren Widersprüche, mit denen Briand seit der Regierungserklärung Taxileus in erhöhtem Maße zu kämpfen hat, wird, so dank Dr. Schacht, um ein Erhebliches erschwert. Auch in den hiesigen Linkskreisen wird Schachts Hinfahren als außerordentlich peinliche Belastung des ohnehin nur mit größter Mühe innegehaltenen Kurzes der Annäherungspolitik empfunden.

Der Vorstoß des Finanzkapitals

Dr. Schacht inszeniert die übliche Weihnachtskrise

Weihnachten und Regierungskrise sind im Verlaufe der letzten Jahre in Deutschland Begriffe geworden, die miteinander vollkommen identisch sind. Diesmal kam der Vorstoß von außerhalb des Parlaments. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat zu Beginn der Woche mit seinem Klassenprogramm „Aufstieg oder Niedergang“ die Offensive eingeleitet. Jetzt hat der Reichsbankpräsident den Nachstoß geführt. Und schon sind wir in der Krise mitten drin.

Die Reichsregierung hatte für den Freitag eine Kabinetts-sitzung anberaumt, in der die taktischen Maßnahmen über die Durchführung der Finanzreform beraten werden sollten. Herr Dr. Schacht ist von diesen Absichten unterrichtet gewesen. Darum sein Nachtangriff. Denn die Veröffentlichung seiner Denkschrift geschah vorbedacht zu einer Stunde, in der keinerlei Möglichkeit bestand, eine Antwort unmittelbar folgen zu lassen. Er übergab seine Denkschrift, die in einem 12 Druckseiten starken Heft zusammengestellt worden ist und die also keine Gelegenheitsarbeit darstellen kann, der Berliner Presse just in der Zeit, wo die Morgenausgaben redaktionell abgeschlossen werden müssen. Die Reichsregierung erfuhr von diesem Nachtangriff des Reichsbankpräsidenten erst durch die telephonischen Anfragen, die von den Berliner Redaktionen an die Wilhelmstraße gerichtet wurden. Ob die Regierung von den Gedankengängen der Denkschrift vorher unterrichtet war oder nicht, ist ungeklärt, jedenfalls ist der Vorstoß des Reichsbankpräsidenten ein regelrechter Heberfall.

Aus dieser Taktik Dr. Schachts erklärt sich die schroffe Antwort, die die Reichsregierung gegeben hat. Sie drückt öffentlich über die Maßnahmen Dr. Schachts „Ihr Bekremden“ aus und kritisiert heftig „die Bereitwilligkeit, mit der die Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten erfolgt ist“. Dadurch werde die „einheitliche Staatsführung“ unmöglich gemacht. Das aber hat Dr. Schacht vorfänglich verhindern wollen, denn sein Nachtangriff geht Hand in Hand mit dem Vorstoß des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Herr Hugenberg aber, der schweigmächtige Zännerling, springt bedenklos ob der Unterfertigung, die er unmittelbar vor der Katastrophe vom Reichsbankpräsidenten erhält.

Dr. Schacht war der Führer der deutschen Delegation bei den Young-Verhandlungen in Paris. Durch seine unqualifizierten politischen Vorstöße ist er in Paris bereits von Krise zu Krise getaumelt. Jetzt wendet sich Herr Schacht gegen die Konzeptionen, die die Reichsregierung während der letzten Monate in den direkten Verhandlungen mit den Siegermächten zu machen gezwungen war. Aber gerade Herr Schacht hat in den entscheidenden Fragen vollkommen verjagt, wo es galt, die Souveränität des Reiches reiflos wiederherzustellen. Wir erinnern nur an die Beschlüsse der Young-Kommission über die künftige Stellung der Reichseisenbahn.

Der Reichsbankpräsident hat sechs Punkte formuliert, in denen die Reichsregierung über die Formeln des Youngplans hinausgegangen sei. Das Reich habe auf die 40 Millionen Mark Ueberschuh verzichtet, der sich daraus ergibt, daß die Daweszahlungen bis Ende August 1929 vorgesehen waren, während die Zahlungsperiode des Youngplans bereits am 1. April 1929 begonnen hat. Die Hintermänner Dr. Schachts, die Vertreter der deutschen „Wirtschaft“, sind jederzeit bereit, durch Subventionen, Zollerhöhungen und dergleichen den Konsumenten des Auslandes die Produkte der deutschen Industrie verbilligt zuzuführen. Gegen diese Methoden, die einen weit größeren Verlust für die deutsche Volkswirtschaft zur Folge haben, hat Herr Dr. Schacht nichts einzuwenden. Aber es war der Außenminister der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Stresemann, der diese Konzeptionen an die Reparationsgläubiger, insbesondere an England, unterzeichnet hat.

Im Haag hat die deutsche Delegation die, wie besonders unterstrichen werden muß, durch Herrn Dr. Stresemann geführt worden ist, einer Erhöhung der ungezügelten Jahreszahlungen von 680 auf 701,8 Millionen zugestimmt. Wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, die dadurch unter Umständen entstehen können. Aber Herr Schacht vergaß völlig, mitzutheilen, daß die ungezügelte Annuität im Verlaufe der Jahre gesenkt werden soll und daß sie im Reparationsjahre 1930/31 auf 612, also um 48 Millionen unter die im Urtext des Youngplanes festgelegte Jahresleistung fallen wird.

Der Reichsbankpräsident führt in Punkt 6 die Zugeständnisse, die im deutsch-belgischen Marktabkommen enthalten sind, gegen die Reichsregierung ins Gesicht. Durch das deutsch-belgische Marktabkommen erhöhen sich die Jahresleistungen Deutschlands im Durchschnitt um 19,5 Millionen Mark. Herr Schacht aber hat der Anlage 6 des Youngplans zugestimmt, in der es hinsichtlich der belgischen Marktfordernungen heißt: „Die Sachverständigen sind der Auffassung, daß der neue Plan nicht in Kraft treten kann, bevor die belgische und die deutsche Regierung zu einem völkerrechtlich bindenden Abkommen über die Marktfordernung gelangt sind.“

Warum hat Herr Schacht gegen diese Formel nicht in Paris protestiert? Warum hat er unterschrieben, wenn er jetzt seinen Protest erhebt?

Die entscheidenden Einwände Dr. Schachts aber richten sich gegen die Maßnahmen, die nach Abschnitt 9 des Youngplans

Weitere vier Austritte?

Die Flucht aus der Hugenbergfraktion

M Berlin, 6. Dezember.

Eine Schwächung der Deutschnationalen Volkspartei erfolgt durch den Austritt von vier Abgeordneten, den Herren Bachmann und Fromm, fränkische Rittergutsbesitzer, Domsch, sächsischer Wutsbesitzer, und Rönke, Gutsbesitzer aus dem 1. Wahlkreis. Sie schied jedoch nicht zu der neuen Partei, sondern schloßen sich der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei an, die dadurch mit 14 Mitgliedern fast Fraktionsstärke erhält.

Hugenberg über den Spaltungskurs

In einer Wahlversammlung der Ortsgruppe Gera der Deutschen Volkspartei sprach am Freitag der Parteiführer Geheimrat Dr. Hugenberg u. a. über die Vorgänge innerhalb der Partei. Er führte etwa folgendes aus:

Wenn sich eine so zahlreiche Versammlung zusammengefunden habe, so müsse er den Gegnern einen großen Teil des Verdienstes zuschreiben. Zu den Gegnern müsse er nun wohl auch jene zwölf Herren rechnen, die in diesen Tagen aus der deutschnationalen Fraktion oder Partei ausgeschieden seien. Die jornerfränkische Briefe und Erklärungen dieser Tage deuten darauf hin. Es trete darin das Bestreben zutage, zwischen der Partei und dem Parteiführer zu unterscheiden und diesen vor der Öffentlichkeit zum schwarzen Mann zu machen. Das sei er aber für diese Herren nicht erst seit heute und gestern, sondern seit der Übernahme des Parteivorstandes.

Wenn Sie die Briefe und Rundgebungen des abgefallenen Duhendts Reichstagsabgeordneter lesen, es gibt fast jeder einen andern Grund an. Es ist ein vergebliches Anstreben, alle diese verschiedenartigen Wünsche zu befriedigen. Führer einer solchen Schaar zu sein, heißt, seine Kräfte mit 100 Prozent Reibungsverlust erschöpfen. Es hat etwas für sich, wenn die Herren dieses Jermittlungswandwerk unter sich selbst betreiben. Die Partei im Lande ist es, die mich zu ihrem Führer berufen hat. Sie versteht nicht, warum diese Herren nicht offen und klar auf dem Kasseler Parteitag, der ein Bild größter Gefährlichkeit bot, ihre Anschauung geäußert haben. Die Partei im Lande steht nicht hinter ihnen.

Der Jorns-Prozess wieder vertagt

Z. N. Der Termin in der Berufungslage des Reichsanwalts Jorns gegen den Redakteur Bornstein vom „Tagebuch“, der auf den 9. Dezember angelegt war, ist aufgehoben und ein neuer Termin vorläufig nicht festgesetzt worden. Nachdem Bornstein am 27. April 1929 mit einer für Jorns überaus ungünstigen Begründung freigesprochen worden war, hatte Jorns seine Berufung zunächst nicht begründet, was auch Strafprozeß nicht erforderlich ist. Wenige Tage vor dem Termin der Berufungsverhandlung, dem 9. Dezember, ist nunmehr eine 30 Seiten lange Berufungsrechtsfertigung vom Reichsgericht des Klägers Jorns, dem Justizrat Siegfried Löwenstein, eingegangen, die auch neue Beweisanträge enthält. Das Gericht hat deshalb den Termin aufgehoben, um zunächst Paul Levi als dem Verteidiger Bornsteins Gelegenheit zu einer Antwort zu geben.